

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Der Oldenburgische Volksfreund**

**Oldenburg**

No. 67, 22. August 1849

**urn:nbn:de:gbv:45:1-4866**

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

## Die Auflösung des Landtags.

Seit einiger Zeit und besonders seitdem es bekannt geworden ist, daß der Ausschuß für die deutsche Frage sich einstimmig gegen den Anschluß an das Berliner Bündniß erklärt haben soll, tauchen Gerüchte auf, die von einer Auflösung des Landtags sprechen. Dieser scheint auch selbst zu fühlen, daß sein Leben an der deutschen Frage hängt: denn sie wird immer verschoben und in dieser Woche wird sie auch noch nicht auf die Tagesordnung kommen. Der Landtag scheint auf Ereignisse zu warten, die für ihn antworten sollen.

Es wäre in der That ein eigenthümliches Schicksal, wenn der erste ordentliche Landtag, auf den man so viele Hoffnungen setzte, aufgelöst werden müßte! Müßte er denn wirklich aufgelöst werden? Ist es nicht bequemer und leichter und weniger kostspielig, statt des Landtages das jetzige Ministerium aufzulösen und ein neues zu bilden? Ist freilich leicht gesagt, aber schwer gethan. — Wo finden sich denn gleich Leute, welche die Fähigkeit und die Erfahrung besitzen, um Minister sein zu können? Denn nicht Jeder, der in der deutschen Frage „Nein“ sagt, ist darum schon befähigt, einen Ministerposten zu versehen. Und ist es denn so gewiß, daß die „Neinsager“ berufen werden? Ist es nicht eben so leicht möglich, daß, wie die Verhältnisse einmal liegen, weiter rechts gegriffen wird? Und gesetzt auch, es kämen die „Neinsager“ an's Ruder, was sollte da geschehen? Soll die Reichsverfassung festgehalten werden? „Ganz gewiß.“ Aber wie in aller Welt ist das möglich? Soll Oldenburg, Meiningen und Würtemberg etwa das Reich bilden? Sollen die andern Staaten ganz übersehen werden? soll Preußen mit seinen 16 Millionen außer Acht gelassen werden? Oder sollen

diese mit Gewalt gezwungen werden? Soll die bewaffnete Macht mit sammt den tapfern Bürgerwehren ausziehen, um Preußens Könige mit Gewalt die Kaiserkrone auf's Haupt zu setzen? Da das eine Unmöglichkeit ist, die jeder Mensch, der seine fünf gesunden Sinne hat, einseht, so wird das künftige Ministerium vielleicht die Politik des „passiven Widerstands“ befolgen. Damit kommt man nicht vom Fleck, wenn man nicht gewiß ist, daß Alle dieselbe Politik befolgen. Die Demokraten in Preußen meinten auch dadurch, daß sie sich der Wahl enthielten, etwas zu gewinnen; sie werden es bereuen, so gehandelt zu haben. Diese Gemeinsamkeit des passiven Widerstandes ist aber wiederum eine Unmöglichkeit, denn die Stände mehrerer Staaten haben sich schon angeschlossen. Nun, dann wird vielleicht das „zukünftige“ Ministerium die Märtyrerkrone erlangen; es wird vielleicht sich durch preußische Bayonnette zu dem Beitritt zwingen lassen, den es freiwillig nicht erklären will. Es ist allerdings schön, für seine Ueberzeugung ein Märtyrer zu werden; aber sich zum Märtyrertum zu drängen, ist Eitelkeit; und einen Staat mit dahin zu reißen und ihn allen widrigen Schicksalen, die daraus entstehen, Preis zu geben, ist Verwegenheit. Es ist daher gar kein übler Vorschlag, der in der vorigen Nummer der Neuen Blätter gemacht wurde, wornach Diejenigen, welche sich durch frühere Reden und große Worte die Möglichkeit benommen zu haben glauben, frei nach den Umständen und der Nothwendigkeit der Lage ihre Stimmen abzugeben, aus dem Landtage scheiden. So werden sie persönlich ein Opfer der Verhältnisse und, was sie werden zu wollen scheinen, Märtyrer; der Staat aber erleidet keine Nachtheile.

Das jetzige Ministerium, das die Ueberzeugung hat, es werde die Verwerfung des Antrages, soweit Oldenburg

es kann, zu einer noch größeren Verwirrung der deutschen Verhältnisse führen, als sie jetzt schon vorhanden ist, oder zum alten Bundestag zurückleiten, hat die Pflicht, den einzigen ihm noch möglichen Weg einzuschlagen, um von der Reichsverfassung zu retten, was zu retten ist und Deutschland seiner Einheit näher zu bringen. Wollte es im Fall der Ablehnung abtreten, so würde es freilich keine rechtliche Verantwortlichkeit für diesen Schritt über sich nehmen; aber seine moralische Würde um desto größer sein. Sein Rücktritt würde das Land die Süßigkeit eines demokratischen Regiments schmecken lassen oder, was viel wahrscheinlicher ist, der vormärzlichen Reaktion Platz machen. Es hat daher, wenn der Großherzog einwilligt, nicht bloß nach §. 169 der Verfassung das formelle Recht den Landtag aufzulösen, sondern auch eine moralische Verpflichtung. Es ist dann noch einmal der Versuch zu machen, ob nicht für die Politik des Ministeriums sich die Majorität der künftigen Landesvertretung aussprechen wird; gelingt es, gut; gelingt es nicht, so fällt das Ministerium mit Ehren und mit dem Bewußtsein, Alles was in seinen Kräften stand und in seinem Rechte lag, gethan zu haben, um Deutschland unter den obwaltenden Verhältnissen weiter zu führen.

Aber es ist noch nicht über die deutsche Frage abgestimmt: es ist noch die Möglichkeit nicht abgeschnitten, daß der Landtag sich zu Gunsten des Ministeriums aussprechen werde. Hoffen wir, daß das Ministerium siegen werde; geschieht es nicht, so sehen wir den kommenden Ereignissen mit Ruhe entgegen. Wir zweifeln nicht, daß bei einer Auflösung die neuen Wahlen, sofern nur eine größere Theilnahme sich zeigt als bisher, für das Ministerium günstiger ausfallen werden; täuschen wir uns aber, so waschen wir unsere Hände in Unschuld, wenn die äußere Gewalt uns nöthigt dem Bündnisse beizutreten, oder, andernfalls, der Bundestag wieder in die Eschenheimer Gasse in Frankfurt einzieht.

### Kniphäuser Verhältnisse.

Auch das kleine Kniphäusen \*) ist hinter den Bewegungen des Jahres 1848 nicht zurückgeblieben, sondern hat jetzt ruhmvoll den Boden der konstitutionellen Monarchie betreten. — Den ersten Anlaß zur Umänderung der bestehenden Verhältnisse gaben zwei Maßregeln der dortigen hohen Regierung, die von dem gesammten Volke mit

\*)  $\frac{1}{2}$  Quadr.-Meilen, 3106 Einw. Die Einwohnerzahl Kniphäusens steht ungefähr in demselben Verhältnisse zu der des Herzogthums Oldenburg wie die Oldenburgs zu Preußen.

dem tiefsten Unwillen aufgenommen wurden: 1. hatte die Regierung einem abgeschiedenen Staatsmanne eine Pension von jährlich 500  $\mathcal{F}$  bewilligt, eine Summe, welche die Landeskasse völlig erschöpfte; 2. hatte die Regierung die gesammten Kassen, auch die Kniphäuser Landeskasse, in Varel verwalten lassen: ein Verfahren, welches offenbar auf Centralisation eines Vareler Gesamtstaates hinzuweisen und die Rechte und Souverainetät der Kniphäuser Nation auf's Tiefste zu kränken drohte.

Beide Uebelstände wurden auf das energische Drängen des Volks abgeändert: der Graf von Varel übernahm die Auszahlung der Pension auf seine Kasse und bewahrte so die Landeskasse, ohne weitere Anwendung von künstlichen Finanzoperationen, vor Bankrott. Die Verwaltung der Kniphäuser Landeskasse ferner wurde von Varel weggenommen und fortan nach Kniphäusen hin verlegt.

Weitere Unruhen im Innern des Staats, die freilich nicht ganz frei von Beimischung socialer Elemente waren, bestimmten endlich den Landesherrn, seinem Volke eine freie, dem Geiste der Zeit angemessene konstitutionelle Verfassung zu geben. Es wurde ein Ausschuß von 7 Personen gewählt, der, wie es in der Instruktion desselben heißt, „die Interessen des Landes wahren solle.“ Die Aufgabe dieses Kniph. Landtags ist so, wie man sieht, eine sehr weite und vieldeutige; aber vermöge des im Lande herrschenden guten Verhältnisses zwischen Fürst und Volk haben bis jetzt noch keine unangenehmen Differenzen stattgefunden. Uebrigens wäre auch eine Auflösung oder wenigstens eine Vertagung des Landtages unmöglich; denn derselbe ist gar nicht ständig versammelt, sondern tritt nur dann zusammen, wenn besondere Anträge vorliegen. In diesem Falle schießt die Regierung einen Pedellen durch's Land, welcher die hohe Kammer zusammenruft. — Jeder Abgeordnete bekommt  $\frac{1}{2}$   $\mathcal{F}$  Cour. Diäten; die Sitzungen sind öffentlich, bis jetzt aber ist, außer den beteiligten Personen, nur 1 Zuhörer anwesend gewesen. Bei jeder Sitzung wird ein Protokoll aufgenommen (jedoch kein stenographisches), deren Zahl bereits ziemlich bedeutend angewachsen ist. Die Staatsgewalt wird durch die Direktion der Regierungs-Canzlei vertreten. Die Anwesenheit eines Ministers ist nicht, wie bei unserm Cutiner Provinzial-Landtage erforderlich, aus dem einfachen Grunde, weil man keinen hat.

Von der Wirksamkeit des Kniph. Landtages bemerken wir besonders Folgendes. Seit Januar ist die bisherige Zahlung von Schulgeld aufgehoben und der unentgeltliche Besuch der höhern und geringern Lehranstalten der Gemeinde und des Staates Jedem freigestellt. Die Kosten werden theils durch die Pachtgelder der Jagd, theils aus der gesammten Staatskasse bestritten. Alle

Exemtionen der herrschaftlichen, Erbpachts- und Freiländer sind aufgehoben; jedoch ist den Geistlichen auf Verlangen des Grafen vollständige Entschädigung zugesichert. Der Vorschlag, eine Oberbehörde für den Kniphäuser Staat einzurichten, wurde wieder zurückgenommen, weil man im Verlaufe der Debatte einsehen lernte, daß, so schön eine solche Oberbehörde auch in der Idee sei, sie doch unverhältnißmäßig viele Kosten verursachen würde. — Wahrhaft praktische und wohlthätige Verbesserungen sind noch in Aussicht: z. B. die Einrichtung von Sparkassen, Verbesserung von Schulen etc. — Auffallend ist es, daß trotz der im Ganzen liberalen Haltung des Kniphäuser Volkes sich jetzt allgemein der Wunsch ausdrückt, das Institut der Gemeindebeamten (der Bögte) abzuschaffen und die Verwaltung der Gemeinden unmittelbar in die Hand der Regierung zu legen.

In der auswärtigen allgemeinen Politik dagegen hat sich Kniphäusen, speciell der Landtag, stets sehr freisinnig bewiesen, sofort die Reichsverfassung anerkannt und die Reichsgesetze publizirt. — Von einem Anschlusse an Oldenburg will man durchaus nichts wissen und wird auch fernerhin fortfahren, eine selbstständige, freisinnige Politik zu verfolgen. Wie Kniphäusen in Bezug auf den Dreikönigsbund sich entscheiden werde, können wir noch nicht mit Bestimmtheit angeben; — jedoch scheint sich die Ansicht ziemlich weit verbreitet zu haben, daß Kniphäusen es mit seinem Rechtsgeföhle und seiner Ehre nicht vereinigen könne, die einmal angenommene Reichsverfassung ohne Weiteres im Stich zu lassen. Wenn sich nun der Oldenburger Landtag mit dem Kniphäuser vereinigen und beide Protest gegen den Königsbund einlegen sollten, so sind wir der Verwirklichung der Einheit Deutschlands um ein Bedeutendes näher gerückt.

### Die Bürgerwehr.

Der Eifer für das Institut der Bürgerwehr scheint in der Stadt Oldenburg, wie im ganzen Lande, immer mehr zu erkalten. Die Zahl der (freiwillig) eingetretenen Wehrmänner hat sich von über 300 auf circa 100 reducirt; die früher bestehenden drei Compagnien sind auf eine zusammengeschmolzen, und selbst von dieser kleinen Schaar theilnehmen sich immer nur Wenige, meistens nur ein Drittel, bei den angelegten Uebungen und Ausmärschen. Bis jetzt hat freilich die Bürgerwehr noch keine Gelegenheit gehabt, ihre Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit durch die That zu beweisen, und wir wollen hoffen, daß sie auch fernerhin nicht in die traurige Nothwendig-

keit versetzt werden möge, mit Gewalt der Waffen die gestörte öffentliche Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Aber wenn es wirklich einmal bei uns zu ernstern Auftritten kommen sollte: so können wir leider nicht von der Ueberzeugung lassen, daß unsere Bürgerwehr nichts ausrichten würde. Nicht als ob wir die Ehrenhaftigkeit der einzelnen Wehrmänner verdächtigen wollten; aber wir wissen nur zu gut, wie es den besser organisirten Bürgerwehren anderer Städte ergangen ist: bei uns wie bei ihnen fehlt die nothwendige militärische Zucht und Ordnung, und in dem entscheidenden Augenblicke würde einerseits der Mangel an einheitlichem Commando, andererseits aber Mangel an Gehorsam ein konsequentes Auftreten unmöglich machen. — Man hat freilich bei uns versucht, die Bürgerwehr fester zu organisiren, schärfere Gesetze gemacht etc. — aber so lange der Ein- und Austritt jeden Augenblick frei steht und die Beobachtung der Gesetze mehr oder weniger von dem guten Willen der Wehrmänner abhängt, darf man kein großes Vertrauen zu der Bedeutung und Wirksamkeit der Bürgerwehr hegen. Man scheint dies auch allgemein mehr und mehr zu fühlen und fängt daher an, das Institut durch andere Gründe zu stützen. So wird von mancher Seite großes Gewicht darauf gelegt, daß die Bürger- und Schutzwehr durch den Dienst in den Waffen gelübt würden und daß die Vermischung der Stände durch den Dienst und die gemeinschaftlichen Vergnügungen der verschiedenartigsten Berufsleute gefördert würde. — Was den ersten Punkt anbelangt, die Uebung in den Waffen, so finden sich ja gerade zu den überdies sehr selten stattfindenden Uebungen höchst Wenige ein, und aus Mangel an einem Schießstande kann die Hauptsache, das Schießen, fast gar nicht geübt werden. Daß das gesellige Leben sich jetzt freier und ungezwungener bewegt, ist lediglich eine Folge der ganzen Richtung unserer Zeit, und schwerlich haben die nur monatlich angesezten und stets schwach besuchten Zusammenkünfte der Bürgerwehr darauf viel Einfluß gehabt, noch werden sie es ferner haben. Beide Zwecke, Uebung in den Waffen, namentlich im Schießen, und Förderung freier Geselligkeit werden schon lange mit gutem Resultat in dem hiesigen Schützenclub verfolgt. Wer daher Schießen lernen und mit Leuten verschiedener Stellung frei verkehren will, der trete in jenen Verein, oder wenn dies zu theuer kommt, der bemühe sich einen ähnlichen Verein zu stiften, lediglich zur Uebung im Schießen! — Die Bürgerwehr erreicht, wie gesagt, weder ihren Hauptzweck, noch diese ihre Nebenzwecke; ihr ganzes jetziges Treiben ist nach meiner Ansicht (man verzeihe den Ausdruck!) lediglich eine inhaltslose Spielerei, und wenn an einem schönen Sonntags-Nachmittage die

kleine Schaar der Bürgerwehr mit lautem Trommelschlage durch die Straßen der Stadt zieht, darf man sich nicht wundern, wenn die meisten Zuschauer sich kaum eines Lächelns enthalten können. — Lächerlich sollte man aber billig ein Institut nicht werden lassen, das immer noch vom Staate als zu Recht bestehend anerkannt wird und, richtig organisiert, seine große Bedeutung haben kann. Für eine bloße Spielerei ferner sollte auch der Staat seine Waffen nicht mehr hergeben. Drum können wir nur wünschen, daß die Oldenburger Bürgerwehr möglichst bald vom Staate aufgelöst werde, um später, in zweckmäßiger Weise, neu organisiert zu werden. Wie? das läßt sich jetzt noch nicht sagen. Allgemein aber scheint sich mit Recht die Ansicht geltend zu machen, daß eine tüchtige Bürgerwehr auch nur aus dem regulären Militär hervorzurufen könne, ähnlich wie die preussische Landwehr aus der Linie.

X.

### Einfaches Vorsichts-Mittel gegen die Cholera.

Vor einigen Monaten erschien in der „Times“ ein Brief von einem Herrn, der in St. Petersburg während des strengen Auftretens der Cholera in jener Stadt wohnte, in welchem er aus sagte, daß, ungeachtet seine Fabrik in der Mitte des Cholera-Distriktes lag, er nicht einen einzigen Mann durch jene Seuche verlor, nachdem sie das sehr einfache Mittel anwandten, einen großen Theelöffel pulverisirter Holzkohle jeden Morgen mit dem Frühstück zu nehmen. Er beobachtete selbst das nämliche Mittel, indem er die Holzkohle mit einem Ei mischte. Ein Herr in Plymouth benachrichtigte den Schreiber dieses, daß er, als im Jahre 1832 die Cholera dort wüthete, verschiedene Versuche mit gebranntem Kork, in einer halben Tasse voll Milch genommen, gemacht habe und jedes Mal mit Erfolg. In einigen Theilen Englands wird gebranntes Brod, zu verschiedenen Malen und in bedeutenden Quantitäten genossen, als ein Mittel gegen Diarrhoe gebraucht. Auch in Amerika wurde gebrannter Kork als Mittel gegen die Cholera angewandt. Ohne diesen Thatsachen große Wichtigkeit beizulegen, muß doch eingeräumt werden, daß sie den Kohlenstoff als eine Substanz bezeichnen, die vortheilhaft zum Wenigsten als ein Vorsichtsmittel angewandt werden kann, da keine Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß Nachtheil aus dessen Gebrauch entstehen kann. Unter diesen Umständen wäre es nur wünschenswerth, daß das Publikum den Versuch damit anstellte, in Ver-

bindung mit andern geeigneten Mitteln. Die Holzkohle muß von leichtem Holze, als Erlen, Pappeln u. präparirt werden, da sie reiner ist als von schwerem Holze. Pulverisirt kann sie mit einer kleinen Quantität Syrop, Haferschleim oder Milch genommen werden. Sollte Diarrhoe eintreten (wenn auch ohne irgend eine Beschwerde), so verliere man, ungeachtet des Gebrauches der Holzkohle, keine Zeit, um einen Arzt zu Rathe zu ziehen.

### L i t e r a t u r.

Das Beste und Werthvollste für den Leser in der in N<sup>o</sup> 65 d. Bl. erwähnten Schrift des Kirchenraths Pastor Dr. Wohlfahrt zu Kirchhasel bei Rudolstadt, Beleuchtung u. c., ist die in den letzten Kapiteln enthaltene Nachweisung, daß die Wahrheit und Göttlichkeit der christlichen Religion in keiner Hinsicht auf dem Glauben an Jesu Tod, Auferstehung und Himmelfahrt, sondern auf gar viel höhern Gründen beruht, welche durch keine Zweifel angefochten und schwankend gemacht werden können. Unbedeutend und leicht zu widerlegen sind dagegen die in dieser Schrift enthaltenen Ausstellungen an die Glaubwürdigkeit der bei Kollmann in Leipzig erschienenen Schrift: „Enthüllungen über die wirkliche Todesart Jesu.“ Wer hier sich nicht zu helfen weiß oder aus Befangenheit die Unhaltbarkeit der Gründe nicht bemerken kann, den verweisen wir auf die durch diese Schrift hervorgeführte Gegenschrift: „Jesum der Essäer oder die Religion der Zukunft, Leipzig Kollmann 1849,“ eine Schrift, die durch ihren ruhigen anspruchlosen Styl sich dem Leser vortheilhaft empfiehlt.

—h.

### Zur Beruhigung ängstlicher Gemüther.

So wenig als Kaiser Paul's Corvette dadurch eine Fregatte wurde, daß man sie als Fregatte in die Marineregister eintrug, so wenig hört ein Staat deshalb auf, eine Religion zu haben und auf Religion gegründet zu sein, weil man erklärt, er habe keine oder sei auf keine gegründet. —

Am Freitag zieht das 1. Bataillon aus Schleswig-Holstein wieder in Oldenburg ein.

Der Landtag hat seine Beratungen über das Dienstgesetz beendet. Auf der heutigen Tagesordnung steht die Birkenfelder Frage.

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlags-handlung angenommen.

## Die Feier von Göthe's hundertjährigem Geburtstage 1849 August 28.

An vielen Orten Deutschlands werden jetzt Vorbereitungen getroffen, um den 100jährigen Geburtstag Göthe's (28. August) festlich zu begehen. Im Ganzen scheint die Theilnahme für dieses Fest nur eine sehr geringe zu werden; selbst in der Geburtsstadt des Dichters, in Frankfurt, hat die Bürgerschaft nur eine so geringe Summe dem betreffenden Festcomité bewilligt, daß dieses es vorgezogen hat, die Festkosten lediglich durch Privatsammlungen aufzubringen. — Bei uns in Oldenburg wird schwerlich eine öffentliche Feier irgend einer Art zu Stande gebracht werden; — und wir tadeln dies nicht. — Die Gegenwart ist zu ernst, die gewaltigen politischen Fragen treten zu sehr in den Vordergrund, als daß man jetzt mit Ruhe und Genuß ein solches friedliches Fest in größeren Kreisen begehen könnte. — Aber lächerlich kommt es uns vor, wenn man von gewissen Seiten her behauptet, Göthe verdiene gar kein ehrenvolles Andenken, keine Festfeier, das souveraine Volk müsse sich vielmehr mit Verachtung von ihm abwenden; — weil er kein Politiker, namentlich kein Demokrat gewesen sei. Wir gestehen Letzteres sehr gern zu und werden uns keine Mühe geben, durch eine Zusammenstellung von einzelnen Dictaten aus Göthe's Werken ein leidliches politisches Glaubensbekenntniß des Dichters zurecht zu stoppeln, welches selbst der Anforderung unserer Zeit genüge. Daß dieses möglich wäre, ist nicht zu bezweifeln. Hat doch selbst Schwab vor mehreren Jahren, bei der Todtenfeier Schillers, die christliche Rechtgläubigkeit dieses Dichters in seinem (Schwab's) Sinne nicht ohne Glück aus Schiller's Werken heraus zu interpretiren verstanden.

Wir theilen unsern Lesern vielmehr zur Göthe-Feier ein Urtheil Göthe's über die deutsche Einheit mit, welches im gegenwärtigen Augenblick uns kaum noch befriedigen kann; — da es mehr die ideale (durch Sprache, Wissenschaft und Kunst vermittelte), als die politische, auf gemeinsame freie Institutionen begründete Einheit Deutschlands in's Auge faßt. — Aber wir theilen es mit, weil dasselbe uns so recht klar den politischen Standpunkt Göthe's zu charakterisiren scheint und wir ruhig den Politiker Göthe Preis geben können, da uns immer noch der Dichter bleibt. — Aber auch den Politiker Göthe müssen wir mit Gerechtigkeit im Geiste seiner Zeit beurtheilen; — und da scheint uns jenes Verdammungsurtheil sehr voreilig und unbegründet. — Göthe war allerdings kein Politiker im modernen Sinne, d. h. er bekümmerte sich wenig um Politik, wie die meisten Deutschen bis in die neuesten Jahre. — Aber die Blüthezeit Göthe's fiel auch in eine Zeit, wo die politischen Verhältnisse Deutschlands so kleinlich, so traurig und verzweifelt waren, daß alle großen Geister damals von der Doffentlichkeit sich zurückzogen und einem beschaulichen Leben in Kunst und Wissenschaft ihre ganze Kraft widmeten<sup>\*)</sup>. Es war jene Zeit, wo Weltbürgerthum für höher galt als Vaterland, wo Humanität, Kunst, Wissenschaft als das einzige und höchste Ziel aller menschlichen Thätigkeit angesehen wurde. Selbst Schiller, in dem wir so gerne unsern Freiheitsdichter erkennen, bewegte sich mit seinen Ideen von Freiheit, Staat u. doch nur sehr im Allgemeinen — Idealen

<sup>\*)</sup> 1813 war Göthe bereits ein 61jähriger Greis und allerdings jener allgemeinen deutschen Begeisterung nicht mehr zugänglich; — auf die ja freilich auch leider schon nach einigen Jahren eine allgemeine Enttäucherung folgte.